

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1928 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.70 Mark. Postbezugspreis für Monat Juli 2.40 Mark ohne Postgebühren.

Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Wg., für aufwärts 40 Wg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wg., außerhalb 25 Wg., die 90 mm breite Zeile 40 Wg., außerhalb 50 Wg., Christengedächtnis 30 Wg., Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung.

Schiffvermittlung und Compagnie-Geschäfte: Marienstraße 38/42

Druck und Verlag von Siegel & Reichardt in Dresden, Postfach-Ronto 1068 Dresden

Dresdner-Nachrichten Dresden
Bezugspreis-Gesamtsatznummer: 25 241
Kurs für Nachgelieferte: 20 011

Kostenlos nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Anhalt und Dessau gegen die Ozeanflieger.

Die Junkers-Werke gegen den Stahlhelm.

Parteilichkeit und Kleinlichkeit triumphieren über nationale Selbstverständlichkeiten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 19. Juli. Wie aus Dessau gemeldet wird, wird dort von den Junkerswerken mitgeteilt, daß sich auch das anhaltische Staatsministerium an einer offiziellen Empfangsfeier für die Ozeanflieger in Dessau nicht beteiligen wird. Die Junkerswerke haben dem anhaltischen Stahlhelm mitgeteilt, daß sie eine aktive Beteiligung des Stahlhelms während der Empfangsfeier auf dem Flugplatz nicht wünschen. Nach dem Vorbild von Wien und München übertrug diese Stellungnahme der Stadt Dessau und des anhaltischen Staatsministeriums nicht mehr und es bleibt nichts anderes übrig, als eine derartige Kurzsichtigkeit und Kleinlichkeit erneut zu brandmarken.

Besonders verwunderlich ist jedoch die Stellungnahme der Junkerswerke gegenüber dem Stahlhelm, die geradezu als feindselig anzupreisen ist. Man wird zwar verstehen, daß die Junkerswerke, die doch im Grunde auf Reichsanträge und auf die finanzielle Unterstützung der jeweiligen Reichsregierung angewiesen sind, alles vermeiden, was sie „an höherer Stelle“ in Mißkredit bringen könnte. Auf der anderen Seite wird man jedoch annehmen dürfen, daß die Persönlichkeit des Professors Junker selbst genug Autorität auch gegenüber parteipolitisch vorgehenden

Reichs- und Landesstellen haben mühte, um durchzusetzen, daß auf dem Flugplatz allen Kreisen eine Beteiligung am Empfang der Ozeanflieger möglich wird.

Sünefeld über Nobile.

Das schöne Urteil des deutschen Ozeanfliegers.

Budapest, 18. Juli. Die deutschen Ozeanflieger Köhl und v. Sunefeld haben heute die Vertreter der Presse empfangen. v. Sunefeld sagte hierbei, die schönste Belohnung ihrer Mühen wäre, daß der Ozeanflug unbestreitbar eine außerpolitische Bedeutung gewinne. Durch dieses Unternehmen trügen sie dazu bei, Mauern der Entfremdung und des Unverständnisses niederzureißen. Im weiteren Verlaufe des Interviews lehnte es v. Sunefeld ab, über den Besuch in Dornau etwas zu sagen, da es ein Privatbesuch wäre. Ueber Nobile befragt, sagte v. Sunefeld, viele Kreise seien Nobile an, selbstverständlich darum, weil sein Unternehmen nicht in vollem Maße gelungen war. Wäre unser Flug gescheitert, so würde die ganze Welt über uns hergefallen sein. Der ausschlaggebende Erfolg allein entscheidet. Es ist aber nicht sportgemäß und nicht schön, wenn man sich Nobile anreißt, nur weil sein Unternehmen nicht von dem erhofften Erfolg erfüllt war. Ueber seine künftigen Pläne hüllte sich v. Sunefeld in Schweigen und teilte nur soviel mit, daß er die „Europa“ gekauft habe.

Kursänderung in Sachsen?

Aus gutunterrichteten politischen Kreisen Sachsens wird uns geschrieben:

Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß für den Herbst ein politischer Kurswechsel in Sachsen angestrebt wird. Starke und einflussreiche Kräfte sind in diesem Sinne zurzeit tätig. Die Fühlungnahme erfolgt zwar hinter verschlossenen Türen und unter geheimnisvollen Umständen, aber der Kreis der daran beteiligten Personen ist doch zu groß und die gegenseitigen Strömungen sind zu ausgeprägt, als daß nicht schon jetzt allerlei Einzelheiten über die Wege, auf denen der Kurswechsel in Sachsen erreicht werden soll, durchsickern würden.

Im Mittelpunkt der Fühlungnahme stehen die Mitsozialisten. Es ist kein Geheimnis, daß innerhalb der MSP keine Einheitsfront besteht. Mit der Ausschiffung von Nitsch aus der Leitung des altsozialistischen Organs „Der Volksstaat“ sind die Differenzen in der MSP nicht beseitigt worden. In der letzten Zeit ist vielmehr eine weitere Stärkung des Einflusses der Bethge-Gruppe zu verzeichnen, die bekanntlich kein Hehl daraus macht, eine Wiedervereinigung mit der SPD herbeizuführen. Dem Parteivorstand der SPD in Berlin ist diese Entwicklung natürlich nicht unbekannt geblieben, und heute ist die Situation bereits so, daß man von — vorläufig allerdings nur losen — Verhandlungen über die Schaffung einer Basis zur Vereinigung der MSP und der SPD sprechen kann. Man acht wohl nicht sehr in der Annahme, daß der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer, der seine langjährigen engen Beziehungen zu Sachsen auch von Berlin aus stets gepflegt hat, die Fühlungnahme mit der MSP beeinflusst.

Der Versöhnungswille in der MSP hat vermutlich auch dadurch an Boden gewonnen, daß in der letzten Zeit hervorragende Gewerkschaftsführer wegen ihrer Jugendlichkeit zur MSP von ihren Posten entfernt wurden. Nur die letzten zwei dieser Räumungsfälle seien genannt: Sie betreffen die Führer des Chemnitzer Textilarbeiterverbandes Winkler und Heidel, die seit mehr als zwanzig Jahren in leitenden Gewerkschaftsstellen Sachsens tätig sind. Die Stellungnahme, die der Hauptvorstand des Textilarbeiterverbandes zu diesen Räumungen eingenommen hat, deutet sehr klar die Beziehungen auf eine Wiedervereinigung der MSP und SPD an. In der vor wenigen Tagen gefassten Entschliessung heißt es:

„daß nach Auffassung des Vorstandes des Textilarbeiterverbandes die beiden Kollegen Winkler und Heidel infolge ihrer Zugehörigkeit zur MSP „zurzeit“ eine ersprießliche Tätigkeit im Interesse des Verbandes nicht ausüben vermögen, und daß es der Vorstand „bearbeiten“ würde, wenn nach einer baldigen Klärung der politischen Verhältnisse in Sachsen eine weitere Verwendungsmöglichkeit von Winkler und Heidel im Verbandsdienst gegeben sein würde.“

Da dem Hauptvorstand des Textilarbeiterverbandes zahlreiche Vorstandsmitglieder der SPD angehören, kann man als feststehend annehmen, daß die goldene Brücke, die den Herren Winkler und Heidel gebaut wurde, die Plattform werden soll, auf der sich die ganze MSP zur SPD zurückfindet.

Zweifellos ist der Berliner Parteivorstand der SPD zu Konzessionen an die MSP bereit, zweifellos ist aber auch der Widerstand gegen eine Wiedervereinigung seitens verschiedener sächsischer SPD-Führer sehr stark. Es spielen da nicht nur politische, sondern auch persönliche Umstände eine große Rolle. Die beiderseitigen sächsischen Führer haben sich jahrelang in der größtmöglichen Weise beschimpft. Keiner hat an dem andern ein gutes Haar gelassen. Wenn es dem Einfluß des Berliner Parteivorstandes der SPD gelingt, trotz der sehr starken Widerstände eine Wiedervereinigung mit der MSP herbeizuführen, wird es nicht ohne Opfer abgehen: Wohlgerweise werden aber nicht nur MSP-Mitglieder, sondern auch sächsische SPD-Mitglieder auf der Strecke bleiben. Die Stärke der MSP liegt darin, daß ohne ihre Zustimmung eine politische Kursänderung in Sachsen schwer möglich ist, es sei denn, daß die bürgerlichen Parteien ihrerseits der Landtagsauflösung zustimmen. Diese Verhältnisse kennt der Berliner Parteivorstand der SPD, natürlich sehr genau und deshalb ist er zu Konzessionen bereit.

Diese Konzessionen werden sich voraussichtlich in der Richtung bewegen, daß die MSP in der SPD reitlos aufsteht und daß eine Reihe von Führern der MSP bei Neuwahlen für den sächsischen Landtag an sichere Stelle auf die Liste der SPD gesetzt wird. Dafür hätte die Fraktion der MSP der sofortigen Auflösung des sächsischen Landtages zugestimmt. Ob die Einigungsbestrebungen auf dieser Grundlage Erfolg haben werden, wird sich bereits in der zweiten Hälfte des Monats August zeigen. Die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen ist angesichts der Bestrebungen im Berliner Parteivorstand der SPD nicht gering. Für die bürgerlichen Parteien ergibt sich aus der Entwicklung der Verhältnisse die zwingende Notwendigkeit, für die kommenden Ereignisse zu rüsten.

Der Hungerstreik aufgegeben.

Hölz in Pose. — Der Druck der Strafe. — Vor neuen Demonstrationen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 19. Juli. Der Strafunterbrechung für Hölz sind lange Verhandlungen vorhergegangen. Im Laufe des gestrigen Tages fanden zahlreiche Besprechungen im Reichsjustizministerium statt. Auch das preussische Justizministerium war daran beteiligt; da das Reich keine eigene Strafanstalt hat, war Hölz in einer preussischen Anstalt untergebracht. Es heißt keinesfalls die Objektivität der mit dieser Strafunterbrechung befassten Stellen anzuzweifeln, wenn man den Eindruck wiedergibt, der dadurch entsteht, als habe hier die Strafe doch irgendwie Einfluss auf den Gang dieser Angelegenheit gewonnen. Nach dem Erlass der Amnestie waren die Verhältnisse in gewissen Zuchthäusern, besonders in Sonnenburg, ziemlich schwierig geworden. Ganz abgesehen von dem Hungerstreik, der inzwischen beigelegt ist, gährte es auch sonst in der Anstalt. Dazu kamen fortgesetzte Demonstrationen seitens der kommunistischen Partei, die zweifellos dazu beigetragen haben, den entsprechenden Behörden auf die Nerven zu gehen. Verlust man sich, ganz unabhängig von diesen Einflüssen, vor dem Tatbestand und der Sachlage ein Urteil zu bilden, so darf man wohl sagen, daß die Kreise um Hölz, zu denen sich, wie die heutige Berliner Presse anweist, auch demokratische Zeitungen gesellt haben, eine Solidarität geübt haben, wie sie leider im Einlage der rechtsstehenden Kreise für die Opfer der Femeche in keiner Weise vorhanden gewesen ist. Man steht heute vor der Tatsache, daß, mögen juristische Formalien und andere Voraussetzungen immerhin für die vorzeitige Freilassung Hölz bestanden haben, der Druck der öffentlichen Meinung, der von den Kommunisten organisiert war, zweifellos mit dazu beigetragen hat, dem Reichsgericht den Entschluß zum mindesten zu erleichtern.

Der Beschluß des Reichsgerichts stützt sich auf Bestimmungen der Strafprozessordnung, nach der bei Wiederaufnahmen antrügen eine Strafunterbrechung erfolgen kann. Der Wiederaufnahmeantrag des Verteidigers von Hölz bezog sich auf den Fall der Ermordung des Gutbesizers Dek. Die Frage der Wiederaufnahme ist im Falle Hölz juristisch jedoch besonders schwierig. Hölz war wegen Insozialität verurteilt worden. Diese 20 Jahre wurden aber als einheitliche Hochverratsdelikt angesehen, und das Strafmaß nach dem Hochverratsparagrafen festgesetzt. Wegen der einheitlichen Verurteilung mußte untersucht werden, ob ein einzelnes Delikt besonders behandelt werden konnte. Jetzt hat sich das Reichsgericht dazu entschlossen, den Fall Dek getrennt zu behandeln.

Wie bereits oben angedeutet, ist der Hungerstreik der Zuchthäuser in Brandenburg gestern Abend abgebrochen worden, nachdem ein Vertreter des Strafvolkswartes nach Brandenburg gefahren und den Gefangenen Klargemacht hatte, daß ihre Maßnahme völlig zwecklos sei. Die Zuchthäuser haben daraufhin erklärt, daß sie ihre Demonstration einstellen würden und nahmen bereits wieder das Abendessen zu sich. Auch heute früh ist wieder von den Gefangenen Nahrung angenommen und wie üblich gearbeitet worden. Die Disziplin ist in keiner Weise gestört. Auch in der Strafanstalt Zwickau haben die Gefangenen den Hungerstreik wieder aufgegeben. Hier mußte man allerdings gegen drei der

Nabelstähler, die die Arbeit verweigerten, disziplinarisch vorgehen und sie mit Arrest bestrafen. Seitdem ist die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt. Auch in Sonnenburg hat sich die Aufregung der Gefangenen gelegt, nachdem diese offenbar den Eindruck bekommen mußten, daß der Zweck ihrer Demonstration erreicht war, denn Max Hölz wurde gestern Abend, wie bereits gemeldet, entlassen. Hölz erklärte zwar zunächst, daß er das Zuchthaus nicht verlassen würde, bis der Entscheid des Oberreichsanwalts über das Schicksal der drei noch in Sonnenburg befindlichen politischen Gefangenen gefallen sei. Schließlich wurde er aber doch noch zum Verlassen des Zuchthauses bewegen.

Die kommunistische Partei, der Rotfrontkämpferbund und die übrigen kommunistischen Organisationen veranstalten heute Abend 8 Uhr anlässlich der Ankunft Hölz auf dem sächsischen Bahnhof wieder eine große Demonstration. Anschließend daran wird ein Demonstrationsumzug nach dem Lustgarten stattfinden. Die Polizei hat mit Rücksicht auf diese Demonstrationen Maßnahmen getroffen, um Zusammenstöße und lange Verkehrsstockungen zu vermeiden. Alles in allem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die zielbewusste Propaganda der Kommunisten zum vollen Erfolg geführt hat. Ob ein solches Vorgehen seitens der Justiz, das in der Öffentlichkeit den Eindruck der Nachgiebigkeit gegenüber Strafendemonstrationen erwecken muß, zum Vorteil der deutschen Gerichtsbarkeit ist, scheint mehr als fraglich. Jedenfalls müßten die Kommunisten den Eindruck gehabt haben, daß im heutigen Deutschland allerhand zu erreichen ist, wenn man nur gebührend aufzutreten versteht.

Bela Kahun wird durch Deutschland abgehoben.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 19. Juli. Bekanntlich steht der Termin bevor, an dem der ungarische Kommunist und derzeitige russische Staatsangehörige Bela Kahun durch Deutschland abgehoben wird, um nach Moskau zu reisen. Bela Kahun wurde bekanntlich feinerzeit bei dem Verzuge, in Desterreich russisch zu wirken, in Wien verhaftet und in das dortige Gefängnis eingeliefert. Es kam zu einer Diskussion zwischen desterreichischen und ungarischen Behörden, welche letzteres die Auslieferung des kommunistischen Massenmörders forderte. Bela Kahun wurde jedoch nicht ausgeliefert. Der österreichische Justizminister Dr. Dinghofer wurde ein Opfer dieser Auseinandersetzung. Bela Kahun wurde nun vor den ordentlichen Gerichten in Desterreich abgeurteilt und mußte seine Strafe verbüßen. Das Ende der Straffrist steht unmittelbar bevor. Desterreich wußte nun, was es mit Bela Kahun anfangen sollte. Nach Ungarn konnte Bela Kahun nicht abgehoben werden, da Budapest bekanntlich einen Auslieferungsantrag an Wien gestellt hatte. Ueber Polen gelang eine Ausweisung ebenfalls nicht. Die österreichische Regierung wandte sich deshalb nach Berlin und bat darum, die Durchführung Bela Kahuns durch deutsches Reichsgebiet zu gestatten. Anfangs war geplant worden, Bela Kahun im Flugzeug über Berlin direkt nach Stettin zu befördern. Offenbar ist dieser Transport jedoch zu teuer, weshalb die Eisenbahn benutzt wird.